



iran-report

Nr. 07/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Fundamentalismus kontra Modernität / Haddad Adel neuer Parlamentspräsident / Frauen im neuen Parlament / Chatami: Die absolute Macht hat in Iran keine Zukunft / Human Rights Watch fordert EU auf, mehr Druck auf Iran auszuüben / EU kritisiert Iran wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen / Iran weist EU-Kritik zurück / Friedensnobelpreisträgerin Ebadi: Fortschritte bei Menschenrechten / Hunderte Frauen, Männer und Kinder protestieren gegen Kinderarbeit / Internationale Buchmesse in Teheran

II. Wirtschaft

Anstieg von Deviseneinnahmen / Ökonomische Vorwände sollen Zensur privater Internetdienste erleichtern / Sieben Prozent Zuwachs / Hundert Lokomotiven aus Frankreich

III. Außenpolitik

IAEA-Resolution gegen Iran / USA und EU verurteilen Wiederaufnahme der Produktion von Zentrifugen / Iran beschlagnahmte britische Kriegsboote / Täglich verlassen zweieinhalbtausend afghanische Flüchtlinge Iran / Konflikt mit den Vereinigten Arabischen Emiraten



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 08/2004 Anfang August) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juli 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Fundamentalismus kontra Modernität

Mit der Eroberung des Parlaments durch Konservative und Fundamentalisten sowie mit dem seitens der Rechten angekündigte Ziel, bei der im nächsten Jahr anstehenden Wahl des Staatspräsidenten auch die Führung der Exekutive zu übernehmen, hat die geistig-kulturelle Auseinandersetzung zwischen „Fundamentalisten“ bzw. „Traditionalisten“ und „Modernisten“ an Schärfe gewonnen. Die Konservativen stellen fest, dass die Mehrheit der Gesellschaft, insbesondere Frauen und Jugendliche, sich politisch und kulturell immer mehr der Moderne zuwenden und der Ideologie der Islamisten, die seit 25 Jahren dem Volk eingehämmert wird, Widerstand leisten. Kein Wunder, dass sie nun mit allen Mitteln versuchen, dieser „Gefahr“ entgegenzuwirken. Demzufolge häufen sich in letzter Zeit bei den konservativen Äußerungen gegen die Moderne. Neben dem Revolutionsführer Ali Chamenei hat sich nun der frühere Informationsminister Ali Fallahian, der für zahlreiche Mordattentate verantwortlich ist und gegen den wegen des Mordanschlags im Berliner Lokal Mykonos in Deutschland Haftbefehl besteht, besonders profiliert. In einem kürzlich gehaltenen Vortrag bezeichnete er den Kampf gegen den Modernismus als wichtigste Aufgabe des islamischen Staates in den nächsten Jahren.

Zugleich wurde bekannt, dass die „Organisation zur Propaganda des Islam“, die größte Organisation zur Verbreitung fundamentalistischer Ideen, eine neue Abteilung zum Kampf gegen die Moderne eingerichtet hat.

Der Internetdienst Iran Emrooz hat eine Liste von Stellungnahmen und Initiativen zusammengestellt, die wir hier in Kurzfassung wiedergeben.

Revolutionsführer Chamenei meinte in einer Rede zu Chomeinis Todestag, Kolonialismus, Kommunismus und andere „verderbliche“, gesellschaftlich-politische Erscheinungen seien Folge des Kampfes, den die westliche Zivilisation gegen geistige und moralische Werte sowie gegen die Einheit von Religion und Staat geführt habe. Die schockierenden Verbrechen in irakischen Gefängnissen zum Beispiel seien die konsequente Folge der Trennung der

politischen Macht von moralisch-menschlichen und religiösen Werten. Die wahre Demokratie stamme aus der Substanz des islamischen Glaubens und nicht aus westlichem Gedankengut. Der Islam lege großen Wert auf die Würde der Individuen und trete dafür ein, dass diese ihr Schicksal selbst bestimmen und ihre eigene Gesellschaft gestalten. Völlig zu Unrecht werde das System des „Welajat-e faghieh“ (absolute Herrschaft der Geistlichkeit) von Feinden der Islamischen Republik als despotisch denunziert. Das geistliche Oberhaupt sei kein Despot, er spiele die Rolle eines „Architekten des Staates“, der die Aufgabe habe, Irrwege des Staates und der Gesellschaft nach links und rechts zu verhindern.

Ali Fallahian sagte bei einem Gedenktage an die Opfer des Iranisch-irakischen Kriegs, das wichtigste Thema, das zurzeit von den „Propagandisten der Sünde und des Verderbens, das heißt von Säkularisten“ immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt werde, sei die irriige Auffassung, dass Iran sich in einer Übergangsphase von der Tradition in die Moderne befinde. „Man will uns weismachen, dass die Menschen sich mit der Entwicklung der Wissenschaften immer weiter vom Glauben und von der Tradition entfernen, um sich schließlich davon zu verabschieden. Die Verderber meinen, dass der Glaube nur eine Angelegenheit der Individuen sei und in der Gesellschaft und Politik nichts zu suchen habe.“

In der Tat habe der Westen genau diesen Prozess durchgemacht, und „wir sehen, was dabei herausgekommen ist“, sagte Fallahian. „Die westlichen Straaten merken jetzt, dass sie sich auf die moderne Wissenschaft nicht verlassen können, dass die Wissenschaften wie Inseln sind, die immer wieder von der Flut überschwemmt werden. Daher beginnt man im Westen wieder die Kirchen für Gläubige zu öffnen und die Jugend aufzurufen, in den Schoß des Glaubens zurückzukehren.“ Heute sei der Westen auf die Ratschläge und Erfahrungen der Islamischen Republik angewiesen und nicht umgekehrt, erklärte der ehemalige Informationsminister.

Schahriar Zarschenas, Leiter der Abteilung zum Kampf gegen die Moderne in der „Organisation zur Propaganda des Islam“ sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur „Mehr“, Ziel der neu gegründeten Abteilung sei



die „kritische Auseinandersetzung mit den theoretischen und philosophischen Thesen der westlichen Moderne sowie mit den pseudomodernistischen Tendenzen in Iran“. Wichtigste Ansprechpartner der neuen Institution seien junge Akademiker. Man sei bestrebt alle Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle, die an den islamischen Staat glauben, zu mobilisieren. Auch jüngere Kräfte sollen zur Mitarbeit herangezogen werden. „Es liegen bereits zwölf Bücher vor, die demnächst veröffentlicht werden“, sagte Zarscheenas. Zehn weitere Bücher seien für das nächste Jahr in Auftrag gegeben worden.

Haddad Adel neuer Parlamentspräsident

Haddad Adel, einer der bekanntesten Repräsentanten der Konservativen, wurde am 6. Juni mit großer Mehrheit zum Präsident des neuen Parlaments gewählt. Er erhielt die Zustimmung von 226 der 259 anwesenden Abgeordneten.

Adel, ein naher Verwandter des Revolutionsführers Chamenei, ist seit der Gründung der Islamischen Republik der erste Parlamentspräsident, der nicht aus den Kreisen der Geistlichkeit stammt. Er war bei den Parlamentswahlen Ende Februar mit 888.000 Stimmen gewählt worden. Damit bekam er in Teheran die meisten Stimmen. In der vergangenen Legislaturperiode hatte er (trotz landesweiter Proteste) durch Manipulationen einen Parlamentssitz erhalten und den Vorsitz der Fraktion der konservativen Minderheit übernommen.

Adel ist 59 Jahre alt. Unter den Führungsmitgliedern der Konservativen, die zumeist aus den Kreisen der Geistlichkeit oder Bazaris stammen, gilt er als Intellektueller. Er studierte zunächst Philosophie und promovierte im selben Fach. Danach schloss er ein Physikstudium ab. Außer Persisch spricht er Arabisch und Englisch. Nach der Revolution war er eine zeitlang Staatssekretär im Ministerium für Ausbildung und Bildung. Zurzeit bekleidet er mehrere Ämter. Er ist u.a. Vorsitzender der Akademie für persische Sprache und Literatur, Mitglied des Islamischen Rats für Kultur und Kommunikation, Ratsmitglied der Kulturrevolution und Mitglied des Rats zur Wahrnehmung der Interessen des islamischen Staates. Seine Stellungnahmen in den vergangenen Monaten lassen auf seine

Absicht schließen, in seinem neuen Amt die Rolle eines moderaten Konservativen zu spielen.

Sämtliche Posten im Parlament wie die der Vizepräsidenten und Ausschussvorsitzenden wurden von Konservativen besetzt. Die Reformer, deren noch nicht gebildete Fraktion schätzungsweise 30 bis 35 Mitglieder zählt, werden in den nächsten vier Jahren einen schweren Stand haben. Es ist kaum vorstellbar, dass sie bei der gegenwärtigen Machtkonstellation und dem politischen Druck, dem sie ausgesetzt sind, ernsthaft die Rolle einer Opposition spielen könnten.

Frauen im neuen Parlament

Im neuen Parlament, indem die Konservativen die absolute Mehrheit besitzen, befinden sich unter den 290 Abgeordneten lediglich 12 Frauen. Die meisten von ihnen gehören der Mehrheitsfraktion an. Somit ist es fraglich, ob, ähnlich wie in der vergangenen Legislaturperiode, in der die Reformer die Mehrheit hatten, auch in den nächsten vier Jahren das Parlament wieder ein Forum für Diskussionen über Frauenrechte bilden wird. Die bisherigen Anzeichen sprechen eher dagegen. Schon die ersten Sitzungen des Parlaments bzw. die bisherigen Äußerungen der weiblichen Abgeordneten lassen befürchten, dass das Thema „Frauenrechte“ im Parlament bestenfalls am Rande behandelt werden wird. Denn es scheint, dass nicht einmal die Frauen selbst entschlossen sind, diese Rechte zur Diskussion zu stellen, bzw. einzufordern. So haben sie zum Beispiel von sich aus darauf verzichtet, aus ihrem Kreis eine Kandidatin für das Präsidium aufzustellen. Die Tageszeitung „Schargh“ bemerkt dazu, unter den männlichen Abgeordneten herrsche die Meinung, dass es nicht angebracht sei, wenn eine Frau vorne sitzen und ständig von den Männern „angeglotzt“ werden würde. Offenbar werde diese Meinung auch von den meisten weiblichen Abgeordneten geteilt. Rafat Bayat, die einzige Abgeordnete, die sich als Protokollantin bewarb, erhielt lediglich zwanzig Stimmen. Bemerkenswert ist, dass sie dafür nicht einmal die Stimmen aller anwesenden Frauen bekam.

Fateme Alia, die zur der Kernmannschaft der Mehrheitsfraktion „Abadgaran“ gehört, erklärte, die Frauen hätten nicht die Absicht im Präsidium zu



arbeiten, sondern in den Ausschüssen. Alia scheint die konservativste unter den Frauen im Parlament zu sein. In einem Pressegespräch vertrat sie die Ansicht, dass es für Frauen vorteilhafter sei, wenn Männer mehrere Frauen heiraten würden. Dadurch ließen sich viele soziale Probleme lösen. Sie sprach sich auch gegen die Unterzeichnung der internationalen Konvention zur Verhinderung ungleicher Behandlung von Frauen aus. Diese Konvention wurde in der vergangenen Legislaturperiode vom Parlament verabschiedet, jedoch vom Wächterrat abgelehnt. Die Abgeordnete Rafat Bajat meinte, „die internationalen Rechte müssen sich unseren islamischen Rechten anpassen und nicht umgekehrt“.

Auffallend ist auch, dass im Gegensatz zu den Reformfrauen, die in der vergangenen Legislaturperiode zum Teil mit Kopftuch in der Öffentlichkeit auftraten, alle zwölf Frauen in streng islamischer Kleidung (im schwarzen Schleier) an den Sitzungen teilnehmen. Fatemeh Alia meinte, es sei wieder an der Zeit, auf die Einhaltung islamischer Gebote und Verbote zu achten. Ihr männlicher Kollege, Abbas Ali Asghari, der ebenfalls der Mehrheitsfraktion „Abadgaran“ angehört, pflichtete ihr bei und beklagte, dass in letzter Zeit die islamischen Kleidungsvorschriften missachtet würden. Die Äußerungen widerspiegeln die im Parlament vorherrschende Einstellung, die nun auch im neu gebildeten Kulturausschuss vertreten wird. Dieser Ausschuss hat sich nach Angaben ihres Sprechers zum Ziel gesetzt, die islamische Moral, die sich nach Auffassung des Ausschusses in den letzten Jahren gelockert habe, wieder durchzusetzen.

Chatami: Die absolute Macht hat in Iran keine Zukunft

Mohammad Reza Chatami, Bruder des Staatspräsidenten und Vorsitzender der Moschrekat-Partei, der größten Partei der Reformer, äußerte sich in der Zentrale seiner Partei in Teheran zur Lage der Nation und den nächsten Plänen der Reformer.

„Wir haben in den letzten Jahren die Erkenntnis gewonnen, dass wir - unabhängig von dem Druck, der auf uns ausgeübt wird und unabhängig davon, ob wir an der Macht beteiligt sind oder nicht - uns besser organisieren müssen“, sagte er. Der Mangel an Organi-

sation sei der Hauptfehler der Reformbewegung in den vergangenen hundert Jahren gewesen, was dazu geführt habe, dass diese Bewegung immer wieder unterbrochen worden sei und sich nicht habe kontinuierlich weiterentwickeln können.

Das Ziel der Reformbewegung sei, für das Wohl des Volkes zu sorgen, sagte Chatami. Dieses Ziel könne, wie die Erfahrung der Schah-Zeit gezeigt habe, nicht allein durch die wirtschaftliche Besserung des Lebensstandards erreicht werden. Damals habe man dank des Anstiegs der Ölpreise die ökonomischen Forderungen des Volkes zum Teil erfüllen können. Dennoch habe das Volk gegen die herrschende Macht rebelliert und sie zum Sturz gebracht. Aus dieser Erfahrung könne man schließen, dass wirtschaftliche Entwicklung nur dann erfolgreich und von langer Dauer sein könne, wenn sie mit der Demokratisierung der Gesellschaft Hand in Hand gehe.

Nach diesen einleitenden Ausführungen kam Chatami auf die heutige Lage Irans zu sprechen. Was heute als „Vereinheitlichung der politischen Macht“ bezeichnet werde, sei eine Illusion, die bald der Realität weichen werde, erklärte er. Ein Staat könne sich entweder auf das Volk stützen oder auf Polizei, Militär und Geheimdienst. Die vergangenen Parlamentswahlen hätten gezeigt, dass jene, die die absolute Macht für sich beanspruchen, nur eine kleine Minderheit im Volk repräsentieren. In den Großstädten hätten im Durchschnitt nur dreißig Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen. Die Wahlbeteiligung von Männern und Frauen unter 25 Jahren, die die Mehrheit des Volkes bilden, sei so gering gewesen, dass man sie ignorieren könnte. Die jüngeren Generationen hätten inzwischen ganz andere Ziele und Vorstellungen als jene, die die Macht innehaben. So müsste die heutige Macht, da ihr die Basis im Volk fehle, sich auf Polizei, Militär und Geheimdienst stützen. Doch da diese Organe aus der Revolution hervorgegangen seien, würden sie sich nicht gegen das Volk einsetzen lassen. Angesichts dieser Lage habe die absolute Macht in Iran keine Zukunft.

**Human Rights Watch fordert EU auf, mehr Druck auf Iran auszuüben**

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat die EU aufgefordert, bei der neuen Verhandlungsrunde mit Teheran am 14. und 15. Juni mehr Druck auf die iranische Regierung auszuüben. Die Delegation solle die Islamische Republik dazu drängen, konkreten Anforderungen zu entsprechen und den Misshandlungen im Land ein Ende zu setzen.

In einem am 7. Juni veröffentlichten 73-seitigen Bericht: „Like the Dead in Their Coffins: Torture, Detention, and the Crishing of Dissent in Iran“ dokumentiert die Organisation, wie politische Gefangene im Beisein von Richtern gefoltert und wochenlang in Einzelhaft gehalten wurden und wie ihnen das Recht auf ein faires Verfahren verweigert wurde.

Seit dem Jahr 2000 hätten Folterungen und willkürliche Verhaftungen in Iran zugenommen, sagten Vertreter von Human Rights Watch in New York. Die systematischen Folterungen der Gefangenen hätten insbesondere im Teheraner Evin-Gefängnis und in geheimen Gefängnissen in der Nähe der Hauptstadt stattgefunden.

Dem Bericht zufolge wurden zahlreiche Häftlinge mit verbundenen Augen verhört und mehrere Wochen lang ohne Kontakt zur Außenwelt in Einzelhaft gehalten. Nach Aussagen früherer Gefängnisinsassen seien die Misshandlungen verstärkt worden, sobald Gefangene die Rechtmäßigkeit ihrer Verhaftung in Frage gestellt und einen Anwalt verlangt hätten.

Der Bericht verweist auf zahlreiche Zeitungsverbote und auf die Verfolgung von Journalisten und Intellektuellen, die auch nach der Verabschiedung eines Anti-Folter-Gesetzes durch das Parlament und trotz eines Rundschreibens des Justizchefs, in dem jede Art von Folter untersagt wurde, fortgesetzt werde. Sarah Whitson, Direktorin der Mittleren Osten- und Nordafrika-Abteilung von Human Rights Watch sagte: „Angesichts der aktuellen Menschenrechtssituation in Iran mutet ein zurückhaltender Dialog in Teheran wie eine Farce an. Die EU muss die vorherrschende, harsche Vorgehensweise des Iran öffentlich verurteilen.“ Es sei „höchste Zeit“, dass sie bei ihrem Dialog mit der Islamischen Republik

von der iranischen Regierung konkrete Zugeständnisse verlangt.

Das Treffen der EU-Delegation mit Vertretern des iranischen Parlaments, der Regierung und Justiz Mitte Juni war die vierte Runde des Menschenrechtsdialogs zwischen Brüssel und Teheran seit Dezember 2002.

Human Rights Watch forderte die EU auf, weitere Dialoge und Handelsgespräche von konkreten Schritten abhängig zu machen, die Iran bezüglich der Situation der Menschenrechte unternimmt. Dazu gehören nach Meinung der Organisation: Freilassung aller politischen Gefangenen, die verhaftet worden seien, weil sie ihre Grundrechte wie Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit rechtmäßig ausgeübt hätten, sowie Freilassung prominenter Dissidenten, deren Gesundheit gefährdet sei, wie zum Beispiel die von Siamak Pourzand, Akbar Ganji, Abbas Abdi, Ahmad Batebi und Amir-Entezam.

Die EU solle auch darauf drängen, dass internationalen Beobachtern zu den bislang geheimen Gefängnissen Zugang gewährt werde. Auch regierungsunabhängige Organisationen, wie zum Beispiel das von der Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi geleitete Center for Human Rights Defenders, sollen in den Dialog einbezogen werden.

Der Bericht: „Like the Dead in Their Coffins: Torture, Detention, and the Crishing of Dissent in Iran“, kann auf Englisch unter folgendem Link abgerufen werden:

<http://hrw.org/reports/2004/iran0604/>

EU kritisiert Iran wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen

Am 14. und 15. Juni fand der vierte Menschenrechtsdialog zwischen der UN und Iran in Teheran statt. Die EU-Delegation schien, wie aus den Äußerungen der Teilnehmer vor der Abreise aus Teheran zu entnehmen war, über die Gesprächsergebnisse nicht besonders zufrieden zu sein. Zwar sei die Atmosphäre „gut“ gewesen, doch konkrete Ergebnisse seien nicht erzielt worden, sagten die Teilnehmer. Hauptthema der Gespräche bildete die Justiz. Vertreter der iranischen Justiz sollen nach Angaben eines Diplomaten berichtet haben, dass die Akten von Dissidenten und politisch verfolgte Journalisten bald geschlossen werden würden.



Der Leiter der EU-Delegation Edwin sagte: „Wir haben das Ziel, eine kontinuierliche Beziehung zu der iranischen Justiz aufzubauen und die Gespräche fortzusetzen, obgleich ich hinzufügen muss, dass ich über den übermäßig langsamen Gang des Annäherungsprozesses höchst enttäuscht und unzufrieden bin.“

Informierte Kreise berichteten, dass die iranischen Gesprächsteilnehmer den Verzicht auf Steinigungen in Aussicht gestellt hätten. Aus derselben Quelle war zu erfahren, dass die Europäer unmissverständlich erklärt haben, von ihrer Position nicht zurückzuweichen. Ein Diplomat meinte gegenüber der Tageszeitung Schagh: „Die Gespräche werden auf jeden Fall fortgesetzt. Man darf sich aber keine Illusionen machen. Bei Gesprächen über Menschenrechte muss man viel Geduld haben und beharrlich weitermachen, bis man ein Einverständnis erreicht.“

Gemäß dem Wunsch der EU-Delegation waren an dem Dialog auch regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisationen beteiligt. Zu deren Teilnahme nimmt „Schargh“ in einem kritischen Leitartikel Stellung. Sie bezweifelt, dass diese Organisationen, die vom iranischen Außenministerium eingeladen wurden, tatsächlich regierungsunabhängig seien und fährt fort: „Gesetzt den Fall, sie sind tatsächlich regierungsunabhängig. Wie könnten sie in Anwesenheit hoher Vertreter der Justiz und des Außenministerium frei ihre Meinung äußern?“ Nach Meinung der Zeitung sind sowohl der Dialog als auch die Einladung „regierungsabhängiger“ Organisationen „reine Formalität“. Es gehe letztendlich um Wirtschaftsbeziehungen, bei denen man die Menschenrechte immer als Druckmittel einsetzen könne, um größere Vorteile zu erzielen.

Nach der Rückkehr der Delegation veröffentlichte die irische EU-Ratspräsidentschaft eine Erklärung, in der sie sich „über die andauernden und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in Iran tief beunruhigt“ zeigte. Mangelnde Gleichberechtigung von Frauen, Folter und eine „Kultur der Straflosigkeit“ werden in der von der irischen Botschaft in Teheran herausgegebenen Erklärung angeprangert. Weiterhin wird das Fehlen einer unabhängigen Justiz und der Einsatz der Todesstrafe kritisiert und auf Berichte über grausame Strafen wie das Amputieren von

Gliedmaßen hingewiesen. Die EU beanstandet, dass Journalisten und andere regierungskritische Vertreter an einer freien Meinungsäußerung gehindert und religiöse Minderheiten diskriminiert werden. Durch Wahlmanipulationen sei das Volk daran gehindert worden, demokratische Rechte auszuüben.

Iran weist EU-Kritik zurück

Iran hat die EU-Kritik mit scharfen Worten zurückgewiesen. Nicht Iran, sondern die Europäische Union habe Nachholbedarf bei der Einhaltung der Menschenrechte, sagte laut IRNA der iranische Außenamtssprecher Hamidreza Assefi. Die EU habe „viel zu lernen“ von einem „islamischen Land mit einer so reichen Zivilisation und Kulturgeschichte“ wie Iran.

Assefi bezeichnete die EU-Kritik als „unrealistisch“. Sie zeige, dass man mit der EU keine „offene und transparente Gespräche“ führen könne. Die EU solle sich, statt Iran die Missachtung der Menschenrechte vorzuwerfen, am eigenen Schopf packen und endlich aufhören, die Rechte der Minderheiten und Flüchtlinge zu missachten und die Muslime zu diskriminieren. Nicht hinnehmbar sei auch die Tatsache, dass die EU-Staaten den Menschenrechtsverletzungen in Palästina und im Irak zuwenig Aufmerksamkeit schenken würden.

Vizejustizchef Mohammad Djavad Laridjani sagte in einem Gespräch mit der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA, die Menschenrechte dürften nicht politisch instrumentalisiert werden. Den Dialog mit der EU bezeichnete er als einen „großen Erfolg der iranischen Diplomatie“. Ziel dieses Dialogs sei, „die Missverständnisse zu beseitigen und der Weltöffentlichkeit klar zu machen, dass Iran eine „Schutzmacht der Menschenrechte“ sei. Laridjani, der die iranische Seite bei dem Dialog mit den EU-Delegierten leitete, sagte, bei der Reise der EU-Delegation seien keine Untersuchungen geplant gewesen, sondern nur Gespräche, bei denen Iran seine Besorgnis über die Verletzung der Menschenrechte in einigen europäischen Staaten zum Ausdruck gebracht habe. Umgekehrt hätten die Europäer einige Fragen gestellt. Dabei konnten die iranischen Gesprächspartner Missverständnisse beseitigen. Iran werde die Gespräche mit den Europäern fortsetzen, weil sie den Interessen des Landes dienlich seien.



Der berüchtigte Teheraner Staatsanwalt Said Mortazawi, der zuvor als Richter durch Willkürurteile zahlreiche Zeigungen verboten und Journalisten und Intellektuelle zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt hatte, sagte in einer Stellungnahme zur EU-Kritik: „Wir haben immer wieder erklärt, dass wir keine Schwächen haben und uns keinerlei moralischer Vergehen bei den Gerichtsprozessen oder bei unserem Umgang mit Häftlingen schuldig gemacht haben. Die Tore unserer Gefängnisse waren stets für Politiker oder für ausländische Besucher, die mit Erlaubnis des Außenministeriums unser Land besucht haben, offen. Es ist bedauerlich, dass Vertreter internationaler Menschenrechtsorganisationen uns während ihres Aufenthalts in Iran ständig loben, aber sobald sie unser Land verlassen, unter dem Druck der USA und der Zionisten ihre Meinung um hundertachtzig Grad ändern. Das zeigt, wie unredlich die Berichterstatter sind.“

Es sei wohl allgemein bekannt, dass in Iran niemand ohne eine Anklageakte in Haft gehalten werde, sagte Mortazawi. Wenn aber jemand eine Straftat begangen habe, sei es keineswegs gegen die Grundsätze der Menschenrechte oder der Freiheit gerichtet, wenn er dafür von der Justiz bestraft werde.

Die Kritik der EU an Iran sei rein politisch. Sie werde von den USA unterstützt. Man wolle Iran politisch unter Druck setzen, meinte Mortazawi und fügte hinzu: „Die Europäer wissen sehr wohl, dass sie im Bezug auf Menschenrechte noch einiges von Iran lernen können.“

Friedensnobelpreisträgerin Ebadi: Fortschritte bei Menschenrechten

Die Situation der Menschenrechte in Iran habe sich im Vergleich zur Zeit vor und nach dem Sturz des Schahregimes vor 25 Jahren gebessert, sagte die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi vor dem Rat für Auswärtige Beziehungen in New York. Vor allem werde gegenwärtig den Rechten von Frauen und Kindern mehr Beachtung geschenkt als früher. Selbstverständlich gebe es noch Probleme, fügte sie hinzu. „Das Gesetz muss gerecht und in Übereinstimmung mit der Kultur sein. Die Menschen in Iran glauben fest an die Demokratie, doch die gegenwärtigen Gesetze sind dem nicht angemessen.“

Das Volk wünsche schnellere Reformen und habe die Hoffnung, dass die Verantwortlichen im Staat die internationalen Verpflichtungen der Menschenrechte erfüllen. Die feministische Bewegung, der sich immer mehr Frauen anschließen, bilde die treibende Kraft bei der Umsetzung von mehr Rechten für Frauen und Kinder.

Trotz dieser Fortschritte seien in Iran Frauen und Männer nach wie vor nicht gleichberechtigt, sagte Ebadi. Obwohl unter den Studierenden 63 Prozent weiblich seien, hätten Frauen vor dem Gesetz immer noch weniger Rechte als Männer. Als Zeuge bei Gericht zähle die Stimme eines Mannes doppelt so viel wie die einer Frau. Männer könnten mehrere Ehefrauen haben. Bei Scheidungen hätten sie fast ein Exklusivrecht. Gerade in den letzten Jahren sei es Anwälten und Frauenrechtlerinnen gelungen, einige Reformen durchzusetzen, vor allem im Bezug auf das Sorgerecht. Doch in der Praxis würden diese Reformen oft von den Richtern ignoriert.

Hunderte Frauen, Männer und Kinder protestieren gegen Kinderarbeit

Am internationalen Tag des Kindes (1. Juni) versammelten sich mehrere Hundert Frauen, Männer und Kinder zu einer Protestkundgebung im Laleh-Park der Hauptstadt Teheran. Ghassem Hassani, Vorstandsmitglied des Vereins zum Schutz arbeitender Kinder, erklärte gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA, dies sei der erste Protest in Iran gegen Kinderarbeit. Er fügte hinzu, die Zahl arbeitender Kinder sei so hoch, dass die Verantwortlichen diese eklatante Missachtung der Rechte der Betroffenen nicht mehr ignorieren könnten.

Die Versammlung, die vorwiegend aus Frauen und Kindern bestand, verabschiedete am Schluss der Kundgebung eine Resolution, in der soziale Sicherheit für Kinder und Arbeitslosengeld für deren Eltern gefordert wurde. „Die internationale Konvention der Kinderrechte und sonstige international anerkannten Rechte der Kinder müssen unbedingt eingehalten werden“, heißt es in der Resolution. Alles was einen Schulbesuch der Kinder verhindern würde, müsste beseitigt werden.

Die Kinder trugen Transparente, auf denen geschrieben stand: „Ausbildung ist Zauber gegen Armut“, „Die, denen die Zukunft gehört, verlangen von dir ihre Gegenwart“, „Wir sind schweigende Opfer, hört unsere Klagen“, „Schluss mit der Kinderarbeit“, „Die Zeit der Kindheit ist Bestandteil eines menschenwürdigen Lebens“.

Während der Kundgebungen führten Kinder ein Theaterstück auf und sangen Lieder.

Internationale Buchmesse in Teheran

Die diesjährige 17. Internationale Buchmesse in Teheran verzeichnete einen neuen Besucherrekord. Während der elf Messetage haben rund drei Millionen Interessierte die Verkaufsmesse besucht. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 30 Prozent.

Auf der Messe wurden Bücher im Wert von rund 25 Millionen Euro verkauft. 2000 nationale und 1.200 internationale Aussteller aus 39 Ländern waren mit rund 244.000 Titeln an der größten Buchmesse im persischen Raum beteiligt. Neben Deutschland waren aus Europa auch Großbritannien, Frankreich, Italien, die Schweiz und Spanien mit Gemeinschaftsständen vertreten.

Nach einem Bericht der Frankfurter Buchmesse war der deutsche Gemeinschaftsstand mit 300 bis 600 Besuchern am Tag sehr gut besucht. Dort waren auf einer Fläche von 80 Quadratmetern 1.000 Titel aus 180 Verlagen zu sehen. Die Themen der vorgestellten Sonderkollektionen waren Menschenrechte, Philosophie, preiswerte Buchausgaben, Literaturneuerscheinungen, Kinder- und Jugendbücher, Iranistik, Islamisch-Europäischer Dialog und Schönste Bücher 2003. Partner am Stand waren die Deutsche Botschaft, der DAAD, die Buchhandlung Most aus Marburg und die iranische Buchhandlung Nur-Books. Besonders stark nachgefragt waren die vom DAAD angebotene Beratung zum Studium in Deutschland und Informationen zu Deutschkursen in Teheran.

Während der Messe fand organisiert von der Deutschen Botschaft ein Deutscher Tag am Gemeinschaftsstand statt. Redner auf dem Panel waren Gaby Hohm von der Stiftung Lesen, Lili Hayeri Yazdi von KANOON und Nushin Ansari vom Children`s Book Concil.

Schwerpunkt der diesjährigen Messe in Teheran war das Thema „Iranistik“. Nach Angaben des iranische Kulturministers Ahmad Masdjed Jame-i beteiligten sich an den Veranstaltungen rund 200 Iranisten und Persischdozenten aus verschiedenen Ländern. Die Iranisten Dr. Ralph Kauz und Dr. Markus Ritter von der Akademie der Wissenschaften in Wien beteiligten sich mit Vorträgen über Geschichte und aktuellen Tendenzen der Iranistik in Deutschland am Schwerpunkt-Programm.

Wie die Frankfurter Buchmesse weiter berichtet, spielte wie in vergangenen Jahren in Gesprächen mit iranischen Verlegern das Thema „Internationales Copyright“ eine zentrale Rolle. Immer mehr Verleger zeigten sich grundsätzlich bereit, Rechte von ausländischen Verlagen zu kaufen. Im „International Book Market“, einem Messeareal, das als Plattform für internationale Kontakte diente, fanden etwa zwanzig Veranstaltungen zu Fragen des Copyrights, des Buchexports und der Teilnahme an internationalen Buchmessen statt.

Kontakt: Holger Ehling, Presse & Unternehmenskommunikation, Frankfurter Buchmesse, Tel.: 0049 (0) 69 2102-217, E-Mail: press@book-fair.com



II. Wirtschaft

Anstieg der Deviseneinnahmen

Der in westlichen Industriestaaten beklagte rapide Anstieg der Ölpreise löste vor allem beim iranischen Staat Jubel aus. Nach einem Bericht des Internet-Dienstes Iran Emrooz sind die Ölpreise auf dem internationalen Markt seit Januar diesen Jahres um 25 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass die Opec-Staaten, also auch Iran, ein Barrel Öl um 8 Dollar teurer verkaufen als im Vorjahr. Iran verkauft täglich rund 2,9 Millionen Barrel Öl. Damit betragen die Einnahmen Irans täglich 87 Millionen Dollar. Bleibt der Stand stabil, wird Iran aus dem Ölverkauf jährlich rund 31 Milliarden Dollar einnehmen.

Eine weitere Einnahmequelle für Devisen bilden die Iraner, die sich im Ausland aufhalten. Laut offiziellen Angaben hat die iranische Zentralbank im vergangenen Jahr rund sechs Milliarden Dollar Devisen umgetauscht, berichtet Iran Emrooz. Bereits in der achtjährigen Amtszeit Rafsandjanis (bis 1997) versuchte die Regierung die rund vier Millionen Iraner, die seit der Revolution das Land verlassen haben, entweder zur Rückkehr oder zum Besuch in Iran zu ermuntern. Das Motto hieß: „Wir müssen unsere Feinde in Oppositionelle, die Oppositionellen in Kritiker und die Kritiker in Mitarbeiter und Freunde verwandeln.“ Die meisten Iraner, die im Ausland leben, sind Frauen, Männer und Kinder, die entweder aus politischen Gründen oder aus Angst vor dem Krieg vorwiegend nach Europa oder in die USA geflüchtet sind. Das Werben um sie hatte sowohl politische als auch ökonomische Gründe. Politisch bilden die Iraner im Ausland ein Potenzial, das den Interessen der Herrschenden in Iran entgegengesetzt ist. Ökonomisch besitzen sie Devisen, die Iran gut brauchen könnte. Zudem befinden sich unter den Iranern im Ausland zahlreiche Fachkräfte, deren Einsatz die Entwicklung im Land erheblich beschleunigen könnte. Tatsächlich würden viele Iraner in die Heimat zurückkehren, wenn sie sich den politischen Einschränkungen nicht unterwerfen müssten.

Ein Teil der iranischen Exilanten hat bereits während der Amtszeit Rafsandjanis von dem Angebot Gebrauch gemacht. Mit der Regierungsübernahme durch Präsident Chatami hat sich die

Zahl der Rückkehrer und Besucher erheblich vermehrt. Die Deviseneinnahmen, die der Staat dadurch erzielt, sind immerhin soviel wie 15 Prozent der Einnahmen aus dem Ölverkauf.

Nach einem Bericht der deutschen Commerzbank betrug die iranischen Devisenreserven Ende des vergangenen Jahres 22,3 Milliarden Dollar. Nach Schätzung der Bank wird diese Summe bis Ende 2004 auf 23 Milliarden Dollar steigen.

Demgegenüber stehen die iranischen Auslandsschulden, über deren Höhe unterschiedliche Angaben vorliegen. Während die iranische Zentralbank kürzlich bekannt gab, dass die Schulden bei 32 Milliarden Dollar liegen, behauptet die deutsche Industrie- und Handelskammer, dass es Iran gelungen sei, seine Auslandsschulden auf 7,5 Milliarden zu reduzieren. Bei diesem günstigen Verhältnis zwischen Auslandsschulden und Devisenreserven und in Anbetracht der hohen Einnahmen durch das Öl ist es nicht verwunderlich, dass ausländische Konzerne und Unternehmen lukrative Geschäfte mit Iran wittern. Nach unbestätigten Meldungen plant Iran 21 Milliarden Dollar Investitionen in der chemischen Industrie. Die Hälfte des Projekts soll von deutschen Firmen realisiert werden.

Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Iran die erhöhten Deviseneinnahmen zur Weiterentwicklung der produktiven Industrie und der Infrastruktur verwenden würde. Doch ein Blick auf den iranischen Import zeigt, dass die Einnahmen eher im konsumtiven Bereich eingesetzt werden. Die in Teheran erscheinende Tageszeitung Hamshahri berichtet, dass in den vergangenen zwei Monaten der Warenimport im Vergleich zu denselben Monaten im Vorjahr (der Benzinimport nicht mit einberechnet) um 38 Prozent gestiegen ist. Nach Einschätzung der Zeitung wird der Wert des Warenimports im laufenden persischen Kalenderjahr (Jahresbeginn 21. März) eine Höhe von 37 Milliarden Dollar erreichen.

Ökonomische Vorwände sollen Zensur der privaten Internetdienste erleichtern

Reza Rashidi, Leiter des iranischen Telefonamts, gab bekannt, dass sein Amt bislang nur Daten von zwei der rund siebzig privaten Telefon- und In-



ternetdiensteanbieter, die nun verboten wurden, an die Justiz weitergegeben habe. Er begründete die Weitergabe damit, dass das staatliche Telefonamt, das zuvor 20 Millionen Gewinne erzielen konnte, im vergangenen Kalenderjahr einen Verlust in Höhe von 32 Millionen Dollar hinnehmen musste. Der Grund liege eindeutig in dem billigen Angebot der privaten Telefon- und Internetdienste.

„Solange wir nicht in der Lage sind, ein brauchbares System der ‚Filtering und Termination‘ (gemeint ist Zensur) aufzubauen, ist mit weiteren Verboten durch die Justiz zu rechnen“, sagte Raschidi. Es ist zu bemerken, dass sämtliche Dienste, die verboten wurden, offiziell die Lizenz für ihr Unternehmen erhalten hatten.

Wie in der iranischen Presse zu lesen war, sollen bald die Verantwortlichen für Internetdienste, die „zur Irreführung der öffentlichen Meinung“ beitragen, mit drei bis sechs Monaten Gefängnis bestraft werden.

Iran gehört neben China zu den Ländern, die sich am meisten um die Zensur der Internetdienste und Einschränkung des Zugangs zum Internet bemühen. Nach Aussagen von Raschidi hat das Telefonamt bislang für die „Filtering“ der Internetdienste eine Summe von sieben Millionen Dollar ausgegeben. Sein Amt habe nun „zum Glück“ ausreichende Erkenntnisse über sämtliche Internetdienste gesammelt. Sollten sich die Dienste nicht an die Regeln halten, würden sie dasselbe Schicksal erleben, wie jene, die verboten worden seien.

Sieben Prozent Zuwachs

Die iranische Wirtschaft verzeichnet nach offiziellen Angaben im vergangenen Kalenderjahr ein Wachstum von sieben Prozent. Finanzminister Mohammad Schariatmadari teilte der Presse mit, dass dieser „in der Geschichte der iranischen Wirtschaft einmalige Erfolg“ unabhängig von der Ölindustrie erzielt worden sei. Laut Angaben des Ministers wuchs die Schwerindustrie um elf und die Landwirtschaft um 10,5 Prozent. Auch der iranische Export habe sich (der Ölexport nicht mit einberechnet) um 28 Prozent steigern können. Gegenwärtig bestehe der iranische Export zu 64 Prozent aus Industrieprodukten, den Rest bilden traditionelle Güter.

Nachdem die neuen Bestimmungen für Ein- und Ausfuhr in Kraft getreten seien, habe der Warenimport rapide zugenommen, führte Schariatmadari aus. Auch die Erleichterungen für ausländische Investitionen hätten zahlreiche Investoren dazu bewogen, in Iran zu investieren. Gerade die Möglichkeit, die Gewinne problemlos ins Ausland transferieren zu können, habe zu vermehrten Investitionen geführt. Hinzu käme die drastische Senkung der Steuerrate von 65 auf 25 Prozent. Für ausländische Unternehmen sei die Steuerensenkung äußerst verlockend.

Hundert Lokomotiven aus Frankreich

Der iranische Verkehrsminister Ahmad Chorram gab nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär im französischen Verkehrsministerium, Francois Goulard, bekannt, dass Iran laut einem Vertrag zwischen Teheran und Paris, hundert moderne Lokomotiven im Wert von 248 Millionen Euro in Frankreich bestellt habe. Der Vertrag sei vor einigen Monaten unterzeichnet worden und die ersten Lokomotiven seien auch bereits eingetroffen. Zwischen Teheran und Paris gäbe es im Verkehrsbereich eine umfassende Zusammenarbeit, sagte der Minister. Der Minister schlug eine gemeinsame Ausstellung vor, auf der sämtliche Projekte, die beide Staaten gemeinsam auf dem Gebiet des Verkehrs durchführen oder geplant haben, vorgestellt werden, um mehr Unternehmen und Fachkräfte zur Mitarbeit zu bewegen.

Zudem habe sich Frankreich vertraglich verpflichtet, Iran die notwendige Technologie auf dem Gebiet der Meteorologie zu übermitteln. Die Finanzierung dieses Projekts sei inzwischen gesichert.

Iran habe auf dem Gebiet des Transits und Verkehrs noch große Probleme, sagte Chorram. Die Infrastruktur für den Warentransport und Personenverkehr in der Nord-Süd und Ost-West-Achse müsse ausgebaut werden. Auch die Kontrollsysteme der Schifffahrtswege seien noch unzureichend. Schließlich bedürfe der iranische Luftverkehr neuer Impulse. Auf allen diesen Gebieten würden Teheran und Paris gemeinsame Projekte durchführen. Es sei vorgesehen, zwei Fachkomitees zur Planung von gemeinsamen Projekten zu bilden.

Der französische Staatssekretär Francois Goulard sagte, es sei vorgesehen, den Luftverkehr zwischen Iran und Frankreich auszubauen. Er äußerte sein Bedauern darüber, dass politische Gründe den von beiden Staaten gewünschten Kauf von Flugzeugen aus Frankreich verhindert hätten. Er lobte die Zusammenarbeit der beiden Staaten zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und äußerte die Hoffnung auf die Durchführung weiterer gemeinsamer Projekte. Er begrüßte den Vorschlag des iranischen Ministers, eine gemeinsame Ausstellung zu veranstalten. Sein Land werde diesen Vorschlag unterstützen. Über den Handel zwischen Iran und Frankreich sagte der Staatssekretär, der Austausch wachse von Jahr zu Jahre. Gegenwärtig betrage das Handelsvolumen rund 2 Milliarden Euro.

III. Außenpolitik

IAEA-Resolution gegen Iran

Abermals stand Irans Atomprogramm im Mittelpunkt der fünftägigen Tagung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA). Teheran hatte im Mai der IAEA eine über 1000 Seiten starke Dokumentation vorgelegt, die nach Ansicht der iranischen Regierung sämtliche offenen Fragen bezüglich seines Atomprogramms beantwortet. Damit werde eindeutig nachgewiesen, dass Iran keine Nuklearwaffen plane und sein Programm ausschließlich friedlichen Zwecken diene, sagte Hasan Rohani, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik und Chefunterhändler für Atomfragen. Er forderte, die „Akte Iran“ endlich zu schließen.

Dem widersprach die Atombehörde. Zwar bescheinigte der IAEA-Generaldirektor Mohammad el Baradei in seinem vertraulichen Bericht an den Gouverneursrat der Regierung in Teheran Kooperationsbereitschaft, betonte jedoch, dass wichtige Fragen noch nicht geklärt seien.

Die Atombehörde verlangt vor allem Auskunft über die Herkunft von angereichertem Uran, dessen Spuren die IAEA-Inspektoren in zwei Anlagen in Iran gefunden haben und zum anderen über die Herkunft moderner Gas-Zentrifugen zur Anreicherung von Uran, mit denen spaltbares Material sowohl für friedliche Zwecke als auch für Atombomben hergestellt werden kann. Entgegen früherer Angaben hat Iran inzwischen eingeräumt, Teile dieser speziellen Zentrifugen aus dem Ausland importiert zu haben. Das angereicherte Uran sei bereits an eingeführten Anlagen vorhanden gewesen.

Zuvor war bekannt geworden, dass Iran sich um die Beschaffung von 4.000 Magneten für technische Anlagen zur Urananreicherung bemüht habe. Inzwischen ist von zehntausenden Magneten die Rede. Da eine Zentrifuge nur zwei Magnete benötigt, gehen Experten nun davon aus, dass Iran ein weit umfangreicheres Atomprogramm geplant hat, als jemals zugegeben wurde.

Aufgrund dieser Indizien sind die USA der festen Überzeugung, dass Irans Pläne zur Herstellung von Atomwaffen weit fortgeschritten seien. Sie verlangen daher die Einschaltung des UN-

Sicherheitsrats, der nach ihrer Auffassung Sanktionen gegen Iran beschließen sollte. Dieser Forderung leisten die EU-Staaten noch Widerstand. Ihr Ziel ist, Teheran politisch unter Druck zu setzen und den Konflikt auf diplomatischem Wege zu lösen. Diesem Ziel folgend hatten Deutschland, Großbritannien und Frankreich (die bereits im vergangenen Jahr im iranischen Atomkonflikt vermittelt hatten) dem Gouverneursrat eine Resolution zur Verabschiedung vorgelegt, in der sie Iran wegen mangelnder Zusammenarbeit rügten und im scharfen Ton aufforderten, der Fortsetzung der in den letzten Monaten erfolgten Inspektionen zuzustimmen und endlich über die anstehenden Fragen Auskunft zu geben. Dies sei eine „klare Botschaft“ an die Adresse Teherans, sagte ein Diplomat in Wien. Auch beim G-8-Gipfel auf Sea Island bekundeten die Teilnehmer ihre Entschlossenheit, die Probleme um das iranische Atomprogramm zu lösen.

Teheran drohte im Vorfeld der Tagung indirekt mit dem Rückzug aus dem Atomsperrvertrag, sollte die IAEA auf einer Fortsetzung ihrer Überprüfungen bestehen. Es sei nicht „hinnehmbar“, dass „kleinere Fragen“ die Atombehörde daran hindern, die Untersuchung gegen Iran einzustellen, sagte Außenminister Kamal Charrasi. „Wir werden keine neuen Verpflichtungen akzeptieren.“

Mit solchen Drohungen war es Iran bisher gelungen, die Differenzen zwischen den USA und den wichtigsten EU-Staaten zu seinen Gunsten auszuspielen. Doch dieses Mal war offensichtlich der Druck aus Washington stärker. Nach Tage langem Ringen wurde die von den drei großen EU-Staaten eingebrachte Resolution ohne wesentliche Änderungen verabschiedet.

Bis zuletzt hatte Iran versucht, die Resolution zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Irans Staatspräsident Mohammad Chatami stellte in einem Brief an die IAEA die Fortsetzung der Zusammenarbeit in Frage, sollte die Resolution verabschiedet werden. Niemand habe das Recht, Iran die friedliche Nutzung von Kernenergie streitig zumachen, erklärte er. „Wir besitzen die Technologie zur Anreicherung von Uran und werden diese auch in Zukunft weiterentwickeln.“, sagte Chatami in einer Pressekonferenz in Teheran. Er warf den EU-Staaten vor, dem Drängen Washingtons nachgegeben zu haben. „Eine Fortsetzung dieses

Verhaltens unter dem Druck der USA wird das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit Irans mit der internationalen Gemeinschaft bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie schwer beschädigen“, sagte er, fügte jedoch hinzu, sein Land habe nicht die Absicht, den Atomsperrvertrag aufzukündigen.

Die Drohungen stießen bei den USA auf harsche Kritik. Der US-Botschafter bei der IAEA, Henneth Brill, bezeichnete die Äußerungen Chatamis als Versuch, die Atombehörde einzuschüchtern. Das Verhalten der iranischen Regierung näherte den Zweifel, dass es Iran nur um Energie-Gewinnung gehe. „Leute, die Strom zum Betreiben von Glühlampen erzeugen wollen, verhalten sich nicht so“, sagte Bill.

Die EU äußerte die Hoffnung, dass Iran mit der Atombehörde voll kooperieren werde. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, würden bis zur Klärung des Atomstreits die Verhandlungen mit Teheran über ein umfassendes Handelsabkommen ausgesetzt werden.

Iran reagierte verärgert über den Beschluss des Gouverneursrats. Bereits zuvor hatte der neu gewählte Parlamentspräsident Haddad Adel im islamischen Parlament erklärt, Deutschland, Frankreich und Großbritannien sollten aufhören, Iran Vorschriften zu machen. „Ich erkläre hiermit, dass das iranische Parlament keine Anweisungen fremder Staaten entgegen nimmt, sondern sich nur von seinen nationalen Interessen leiten lässt. Um guten Willen zu zeigen, sind wir Verpflichtungen eingegangen und haben sogar vor der Ratifizierung der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls die Tore unserer Nuklearzentren für die Inspektoren der Atombehörde geöffnet. Nun werden wir entscheiden, ob die Ratifizierung des Zusatzprotokolls unseren Interessen entspricht. Wenn nicht, werden wir es ablehnen.“

Nach der Verabschiedung der kritischen Resolution gegen Iran kündigte Hassan Rohani die Wiederaufnahme der Urananreicherung an, die Iran 2003 auf Druck der EU ausgesetzt hatte. An diese Vereinbarung „fühlen wir uns nicht mehr gebunden, weil die Europäer ihre Verpflichtungen nicht eingehalten haben“, sagte er. „Die Europäer hatten versprochen, die iranische Atomakte im Juni zu schließen.“ Iran halte die mit der Anreicherung von Uran im Zusammen-



hang stehenden Aktivitäten in den Atomanlagen von Arak und Isfahan für legal. Die Arbeit dort stehe nicht zur Disposition. „Iran hat seine Entscheidung über Isfahan und Arak getroffen, und die Arbeit wird weitergehen.“ Rohani versicherte zugleich, sein Land werde weiterhin umfassend mit der IAEA zusammenarbeiten. „Je mehr sie inspizieren, desto mehr wird die Welt sehen, dass Iran nicht von einem friedlichen atomaren Weg abgewichen ist.“

Während Rohani noch eine Tür für Kompromisse offen ließ, versuchte der frisch gewählte Ausschussvorsitzende für nationale Sicherheit und Außenpolitik, Alaeddin Borudjerdi, eine härtere Gangart. Das Parlament werde möglicherweise das von der Regierung unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag nicht ratifizieren. Die negative Haltung der IAEA gebe dem Parlament Grund, unangemeldete und ungehinderte Inspektionen der Atomanlagen zu untersagen.

Auch Außenamtssprecher Resa Assefi kritisierte vor allem die für Iran enttäuschende Haltung der Europäer, betonte jedoch, diese Haltung bedeute nicht das Ende der Zusammenarbeit mit der EU. Revolutionsführer Ali Chamenei erklärte in einer vom Fernsehen übertragene Ansprache, die Fortsetzung des Atomprogramms sei „unabdingbar“. Die Unterhaltung eines eigenen Brennstoffkreislaufs sichere die Unabhängigkeit Irans von anderen Staaten. Wenn andere Staaten keinen nuklearen Brennstoff an Iran liefern könnten oder wollten, wären iranische Atomkraftwerke ohne eigenen Brennstoff „nutzlos“. Chamenei widersprach abermals Behauptungen, wonach einheimische Wissenschaftler an der Entwicklung von Nuklearwaffen arbeiteten. Um sich gegen seine Feinde zu behaupten, brauche das iranische Volk keine Atomwaffen, sondern „Glaube, Entschlossenheit und Einheit“.

USA und EU verurteilen Wiederaufnahme der Produktion von Zentrifugen

Zwei Tage vor dem USA- und EU-Gipfel in Irland kündigte Iran offiziell an, die Produktion von Gaszentrifugen zur Anreicherung von Uran wieder aufzunehmen. In einem Schreiben an die Internationale Atombehörde (IAEA) teilte die iranische Regierung mit, dass sie erneut am 29. Juni mit der Produktion beginnen werde. Dazu erklärte der Staatssekretär im US-Außenministerium,

John Bolton, in Washington, die Wiederaufnahme verstoße gegen die Abmachung, die Iran vor drei Monaten mit den drei europäischen Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich getroffen habe. Zudem beweise der Schritt, dass Teheran Uran für ein geheimes Atomwaffenprogramm aufbereiten wolle. Er forderte, die Angelegenheit müsse nun endlich im UN-Sicherheitsrat behandelt werden.

Beim Gipfeltreffen der USA und EU wurden die iranischen Atompläne verurteilt. Das Land wurde aufgefordert, seine Entscheidung zu überdenken. „Die USA und die EU sind durch die jüngste iranische Absichtserklärung zur Herstellung und Montage von Zentrifugen beunruhigt“, hieß es in der gemeinsamen Erklärung. Sie seien entschlossen, der Gefahr einer Weiterverbreitung von Atomwaffen durch das iranische Atomprogramm zu begegnen. Konkrete Schritte wurden nicht angekündigt.

IAEA-Generaldirektor El Baradei sagte in einer kurzen Stellungnahme, er hoffe, die Fortsetzung des Programms sei nur vorübergehend. „Ich hoffe, Iran kehrt zur vollen Aussetzung zurück, zu der das Land sich verpflichtet hat.“

Iran beschlagnahmte britische Kriegsboote

Am 21. Juni beschlagnahmte Iran drei britische Kriegsboote und nahm acht bewaffnete Besatzungsmitglieder fest. Wie der staatliche Fernsehsender El Alam berichtete, waren die drei Kriegsboote der britische Marine nahe der Grenze zu Irak in iranisches Hoheitsgebiet gefahren. Die Besatzung habe Waffen und Landkarten bei sich gehabt. Ein Sprecher der britischen Streitkräfte im Irak erklärte, die Boote seien im Schatt-el-Arab, einer Wasserstraße zwischen Irak und Iran, im Einsatz gewesen.

Die Grenze zwischen Iran und Irak führt seit 1975 durch die tiefste Linie des Schatt-el-Arab. Diese während der Schahzeit nach langen Konflikten festgelegte Grenze wurde jedoch 1980 durch Saddam Hussein als ungültig erklärt. Die Missachtung des Staatsvertrags bildete auch den Auftakt zu einem achtjährigen Krieg zwischen Iran und Irak.

„Wir verhandeln nun, um herauszufinden, warum die Boote in unsere Gewäs-



ser eingedrungen sind", sagte ein Sprecher der Revolutionsgarden Irans. „Kleinere Schiffe fahren den Schattal-Arab häufig in der Region um Basra auf und ab", sagte ein Sprecher des britischen Verteidigungsministeriums. Sie leisteten bei der Ausbildung irakischer Polizisten Unterstützung. Berichte, es habe sich um Kriegsschiffe gehandelt, bezeichnete er als „Quatsch". „Wir haben keine großen Schiffe in der Region", sagte er.

Teheran blieb zunächst hart. Das staatliche Fernsehen zeigte Bilder, auf denen die britischen Soldaten wie Gefangene oder Geiseln mit verbundenen Augen beim Marsch vorgeführt wurden. Es hieß, dass die Gefangenen vor ein iranisches Gericht gestellt werden würden.

Der Konflikt drohte zu eskalieren. Die Beziehungen zwischen Iran und Großbritannien waren wegen der scharfen Kritik an iranischem Atomprogramm ohnehin angespannt. Doch offenbar merkten beide Seiten, dass die Fortsetzung des Konflikts beiden schaden würde. Iran hatte zwar die Gelegenheit wahrgenommen, um sich als eine Großmacht in der Region zu präsentieren, die die eigenen Grenzen unter Kontrolle hat und keiner Macht gestattet, sie zu verletzen. Doch damit war auch schon der Zweck erfüllt. Auch London zeigte keinerlei Interesse, neben den bereits bestehenden Problemen im Süden Iraks einen neuen Streit zu beginnen.

Nach viertägigem diplomatischen Tauziehen wurde der Konflikt beigelegt. Die acht britischen Marinesoldaten wurden freigelassen. Der britische Außenminister Jack Straw machte unmittelbar nach der Freilassung der Soldaten deutlich, dass London an der Politik des „konstruktiven Dialogs" mit Iran festhalte. „Wir arbeiten hart an diesen Beziehungen, und manchmal sind sie kompliziert", sagte er. Er bedankte sich bei seinem iranischen Amtskollegen Kamal Charrsi für dessen „Unterstützung" bei den Bemühungen um die Freilassung des Royal-Navy-Teams. Ob auch inzwischen die Boote an die britische Besatzung im Irak übergeben worden sind, ist nicht bekannt.

Täglich verlassen zweieinhalbtausend afghanische Flüchtlinge Iran

Ahmad Hosseini, Staatssekretär im iranischen Innenministerium gab nach ei-

nem Bericht der Nachrichtenagentur IRNA bekannt, dass gemäß einer gemeinsamen Vereinbarung mit der Regierung in Kabul täglich zweieinhalbtausend afghanische Flüchtlinge Iran freiwillig verlassen. Seit März diesen Jahres seien 113.000 Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgekehrt, sagte Hosseini. Täglich machen sich 80 Busse und 48 Lastwagen auf den Weg, um die Flüchtlinge über die Grenze zu bringen.

Nach Angaben des Innenministeriums sind in den letzten zwei Jahren von den 2,4 Millionen afghanischen Flüchtlingen mehr als eine Million nach Afghanistan zurückgekehrt. Zurzeit befinden sich noch rund 1,3 Millionen in Iran. In Anbetracht der Lage in Afghanistan und der bevorstehenden Wahlen des Staatspräsidenten und des Parlaments sei es empfehlenswert, dass auch „diese Menschen die Gelegenheit haben, am Schicksal ihres Landes teilzunehmen", sagte Hosseini. Dasselbe gelte für irakische Flüchtlinge. Auch hier sei das Innenministerium bemüht, die Rückkehr „zum Wohle der Flüchtlinge und ihrer Heimat", so rasch wie möglich zu abzuwickeln.

Konflikt mit den Vereinigten Arabischen Emiraten

Anfang Juni gaben die Arabischen Emirate bekannt, dass sie ein iranisches Fischerboot beschlagnahmt und die Insassen in Haft genommen haben. Die Aktion wurde damit begründet, dass das Boot sich ohne Erlaubnis in das Hoheitsgebiet der Emirate begeben habe. Augenzeugen berichteten, dass ein Kriegsboot der Marine das iranische Boot durch Warnschüsse gestoppt und das Boot beschlagnahmt habe. Einige Beobachter meinten sogar, dass das Boot beschossen und dabei ein Fischer getötet worden sei.

Die Regierung in Teheran protestierte gegen den Vorfall und verlangte eine Erklärung. Darüber hinaus ließ Iran innerhalb einer Woche acht Fischerboote aus den Emiraten, die sich in iranischen Gewässern aufhielten, beschlagnahmen.

Hintergrund des Konflikts ist ein seit Jahrzehnten andauernder Streit zwischen Iran und den Emiraten, die den Besitz der drei Inseln am Persischen Golf (Abu Mussa, Großtomb und Kleintomb) beanspruchen. Sie werfen Iran vor, die Inseln widerrechtlich okku-

piert zu haben. Iran hingegen weist den Besitzanspruch der Emirate entschieden zurück. Die Begründung lautet, dass die drei Inseln seit dreitausend Jahren mit kurzen Unterbrechungen, die durch die Kolonialmächte Portugal und Großbritannien verursacht wurden, zum iranischen Territorium gehören. 1971 hisste die iranische Armee einen Tag nach Abzug der britischen Besatzungsmächte aus den Golfstaaten die iranische Nationalfahne auf den drei Inseln. Seit diesem Datum melden die Emirate immer wieder ihren Besitzanspruch an.

Wenige Tage vor dem Vorfall hatte der Golfkooperationsrat, bestehend aus den Staaten Oman, Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Vereinigte Emirate und Bahrain, eine Resolution verabschiedet, in der Iran beschuldigt wurde, die Inseln unter Missachtung des internationalen Rechts weiterhin besetzt zu halten. Dazu erklärte der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi: „Die drei Inseln Großtom, Kleintomb und Abu Mussa gehören nach wie vor zum iranischen Territorium und daran wird sich bis in die Ewigkeit nichts ändern. Die Wiederholung altbekannter Stellungnahmen und unbegründeter Behauptungen sind der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten der Golfregion nicht dienlich. Sie erzeugen zudem neue Missverständnisse.“

Die Eskalierung des Streits seitens der Golfstaaten ist umso weniger verständlich, als sich die Beziehungen Irans zu den arabischen Staaten seit einigen Jahren erheblich gebessert haben. Teheran und Riad stehen sich heute weit näher als vor wenigen Jahren. Die Freundschaft geht so weit, dass sie sich als „zwei Flügeln der islamischen Welt“ bezeichnen. Auch die Beziehungen Irans zu den Staaten Bahrain, Katar und Oman sind nach der Amtsübernahme Präsident Chatamis in eine neue Phase der Annäherung getreten. Nicht bereinigt sind allerdings die Beziehungen zu Kuwait. Selbst zu den Emiraten kann die Beziehung trotz des alten Territorialstreits als normal und freundschaftlich bezeichnet werden. Daher meinen Diplomaten in Teheran, die Attacken sollen eher das innerarabische Selbstbewusstsein stärken, außenpolitisch würden sie keine Folgen haben. Zumal die Emirate vor einem internationalen Gericht keine Chance hätte, ihren Besitzanspruch rechtlich zu begründen.